
LDV-Beschluss Nr. 19

Gegen die Arbeitszeiterhöhung durch die Streichung der AZK-Tage und die Einführung weiterer Präsenztage durch die Senatsbildungsverwaltung

Die Landesdelegiertenversammlung der GEW BERLIN protestiert gegen die geplante neue **Arbeitszeitverlängerung. Sie verlangt die Rücknahme der Verordnungsentwürfe zu den zusätzlichen Präsenztage und zur Streichung der AZK-Tage.**

- Im Rahmen des sogenannten Solidarpaktes wurde 2003 die Arbeitszeit der Beamten/innen des Landes Berlin erhöht. Für Lehrkräfte erfolgte eine Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung in unterschiedlicher Höhe, die im Gegensatz zu der Arbeitszeiterhöhung der Beamten/innen des Landes nie zurückgenommen wurde. Als Teilausgleich erhalten verbeamtete Lehrkräfte seit 2003, angestellte Lehrkräfte seit 2008 eine Gutschrift auf ein Arbeitszeitkonto und zwei weitere freie Tage im Schuljahr. Diese Regelung ging und geht zu Lasten der Kollegen/innen und der Kollegien.
- Nun beabsichtigt die Senatsbildungsverwaltung das weitere Anwachsen der Arbeitszeitkonten zu beenden und zwei weitere Präsenztage am Ende der Sommerferien einzuführen.
- Während die Senatorin öffentlich eine „Steigerung der Attraktivität des Lehrberufs“ verkündet, verschlechtert sie tatkräftig die Arbeitsbedingungen der Berliner Lehrkräfte durch die Steigerung der Arbeitszeit weiter. Die Ankündigung einer Altersermäßigung ändert daran nichts, da jüngere Lehrkräfte dauerhaft stärker belastet werden. Zudem wurde die **Auswirkung weiterer Verschlechterungen der Arbeitssituation auf die Qualitätsentwicklung der Berliner Schulen nicht beachtet.**
- Wir fordern den Hauptpersonalrat des Landes Berlin auf, alle ihm zur Verfügung stehenden personalvertretungsrechtlichen Mittel gegen eine im obigen Sinne geänderte Erholungsurlaubs- und Arbeitszeitverordnung einzusetzen.
- Wir fordern Senatorin Scheeres auf ihre Fürsorgepflicht wahrzunehmen und ein Maßnahmenpaket vorzulegen, das tatsächliche Verbesserungen der Arbeitsbedingungen enthält, unter denen es möglich ist, die Qualität der Berliner Schule zu verbessern. Hierzu gehören u.a. eine Senkung der Unterrichtsverpflichtung, eine Personalausstattung mit 110 %, eine Altersermäßigung, flexible Regelungen zum Abbau der bestehenden AZK, die einen vollständigen Ausgleich gewährleisten, altersgerechte Arbeitsbedingungen und vieles mehr.
- Die GEW BERLIN führt gegen die geplante Arbeitsverlängerung folgende Aktionen durch:
 - Übergabe der Protestschreiben und Resolutionen an die Fraktionen im Berliner Abgeordnetenhaus am Donnerstag, den 12.06.2014,
 - In der Folgezeit werden weitere Protestmaßnahmen gegen Arbeitszeitverlängerungen geprüft und ggf. geplant.